



<https://biz.li/3e6u>

KURZFRISTIGE SCHAFFUNG VON KITAPLÄTZEN: REGION UNTERSTÜTZT KOMMUNEN

Veröffentlicht am 19.11.2019 um 19:32 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Mehr Geburten, mehr Zuzüge - in vielen Städten und Gemeinden fehlen Kita-Plätze. Die Region Hannover unterstützt die Städte und Gemeinden daher finanziell beim Bau neuer Kindertagesstätten: Mit bis zu 5.500 Euro pro neu geschaffenem Platz beteiligt sich aktuell die Region Hannover an den Baukosten. Die Schaffung von Übergangslösungen zur Überbrückung der Bauzeiten mussten die Kommunen bisher allerdings aus eigener Kraft stemmen. Das soll sich jetzt ändern: Mit der "Richtlinie über die Förderung von Interimslösungen zur kurzfristigen Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen" hat die Region jetzt ein Instrument erarbeitet, um auch in diesen Fällen den regionsangehörigen Städten und Gemeinden unter die Arme greifen zu können. Der Jugendhilfeausschuss hat den Beschluss der Richtlinie am heutigen Dienstag, 19. November 2019, einstimmig empfohlen. "Die Kommunen sind auf die Region Hannover zugekommen und haben den Wunsch nach einer Förderung von baulichen Übergangslösungen in Form von Modulbauten oder Anmietungen geäußert", berichtet Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. "Wir wissen, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen nach wie vor das vorhandene Angebot übersteigt und eine kurzfristige Deckung nicht möglich ist, da zwischen Planung und Bewilligung des Bauantrags bis zur Eröffnung einer Einrichtung oft mehrere Jahre vergehen können." Künftig fördert die Region Hannover daher auch die befristete Anmietung von Räumen oder Modulbauten sowie deren Ankauf. Pro neu geschaffenem Platz will sich die Region Hannover künftig mit bis zu 2.750 Euro beteiligen. Alle 21 Städte und Gemeinden können eine entsprechende Förderung beantragen. Die Richtlinie soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2019 gelten. Anträge können bis März 2021 gestellt werden. Pro Jahr könnten bis zu 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen - vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses. Die Regionsversammlung stimmt in ihrer Sitzung am 17. Dezember über die neue Richtlinie ab.